

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postkontonummer Leipzig 28614

Erste Ausgabe mit Ausnahme der Sonn- und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis bei Postabnahme monatlich 4.50 M., durch unsere Ausleger zugetragen in der Stadt monatlich 3 M., auf dem Lande 4.15 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 15.75 M. mit Zustellungsgebühr. Alle Postkonten und Postämter sind unsere Ausleger und Geschäftsstelle nehmen lebhaften Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Preise, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Inserentenpreis 1 M. für die 6spaltige Kopfzeile oder deren Raum, Resten, die 3spaltige Kopfzeile 2.50 M. Bei Wiederholung und Jahresvertrag entsprechender Preisnachlass. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (wie von Behörden) die 3spaltige Kopfzeile 3 M., Nachdruckgebühren 50 Pf. Angelegentlichkeit wie vermehrt 10 Uhr. Für die Möglichkeit der durch Fernruf übermittelten Bezüge übernehmen wir keine Haftung. Jeder Nachdruck ist strafbar, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder die Klagekosten im Streitfall gerät.

Erscheint seit

dem Jahre 1844

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Käffig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 183.

Sonntag den 7. August 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Rörung von Ziegenböcken.

Die privaten Vorkhalter in den zur Zeit dem Rörungswang Augustusberg, Vockowen, Brodowig, Choren, Daubnig, Gohlis, Girsfeld, Klosterhäuser, Korbzig, Lörcha, Meifatal, Neufirchen, Niederbau, Niederula, Rohlitz, Oberbau, Ockrika, Quastenberg, Rothschönberg, Rüssina, Sörniewitz, Starbach, Wacknig und Weinböhla,

Die Vorkhalter der Ziegenzuchtgenossenschaften und unterliegenden Gemeinden

in den Städten Roffen und Lommaßig haben die für die Verwendung zur Deckung bestimmten, noch ungelösten Ziegenböcke spätestens innerhalb 4 Tagen bei der Ortsbehörde anzumelden. Die eingegangenen Anmeldungen sind von den Ortsbehörden sofort an die Amtshauptmannschaft einzureichen.

Weissen, am 3. August 1921.

Amtshauptmannschaft Weissen.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

Die deutsch-schwedischen Schiffahrtsverhandlungen sind zum Abschluß gebracht worden.

Am 11. August soll im Berliner Opernhaus eine Gedächtnisfeier anlässlich des zweijährigen Bestehens der Verfassung stattfinden.

Im Danziger Parlament kam es zu überaus heftigen und stürmischen Zusammenstößen zwischen den Linksparteien und dem vom Senat beauftragten Vizepräsidenten.

Der schwedisch-jugoslawische Bündnisvertrag wurde in Prag unterzeichnet.

In Belgien verhaftete die Polizei alle kommunistischen Abgeordneten, die dem Exekutivrat angehören. Alle Gemeinderatssitzungen mit kommunistischer Mehrheit sind aufgelöst worden.

Die Große Nationalversammlung in Angola hat beschlossen, daß alle Mitglieder der Versammlung an der Verteidigung des Vaterlandes teilnehmen sollen. Die militärischen und die medizinischen Mitglieder werden an die Front abtreten.

Deutschenverfolgung.

Wo alles daht, können die Deutschen natürlich nicht leben. Schon ihrer ganzen Veranlagung nach eignen sie sich ungemein mehr zur Weidenschaft als zur Sanftmut und Milde, und wer von ihnen erwartete, daß sie der Fesseln des alten Kaiserreiches ledig, die deutschen Minoritäten in ihrem Lande brüderlicher Liebe voll an ihr Herz drücken würden, der mußte ihnen ein Verhalten zu, das ganz und gar wider ihre Natur ginge. Die drei Millionen Sudeten-Deutschen stellen sowohl ihrer Zahl wie namentlich ihrer kulturellen Bedeutung nach schon eine Macht dar in diesem Staate, der eigener Kultur gewiß nicht entbehrt, der aber doch zu sehr auf Haß und Rachsucht begründet ist, als daß er die Grundzüge wahrer Kultur in seinem inneren Volksleben auf den Schild erheben könnte. Und wo selbst Regierung und Behörden schaudernd den Deutschen gegenüber ein halbwegs anständiges Verhalten an den Tag legen, lassen es die Neben-schicksaligen Bürger um so weniger an Unbuddsamkeit, an Unverträglichkeit, ja an Brutalität aller Art fehlen.

Präsident Masaryk, der diesem Treiben gewiß aus menschlichen und sittlichen Gründen abhold ist, hat wohl zweifeln versucht, ob auf die Wogen zu gehen. Aber Leidenschaft des Volkes sind über ihn rasch immer wieder hinweggeschritten, so daß er es schließlich aufgeben mußte, der deutschen Minderheit zu Hilfe zu kommen. Noch weniger Erfolg war den Versuchen der deutschen Parteien beschieden, innerhalb der Volksvertretung durch parlamentarische Kampfmittel ihre unveräußerlichen Rechte zu sichern. Die Mehrheit schenkte vor jeder Vergewaltigung der Geschäftsordnung zurück, um ihre menschlichen Gefühle durchzusetzen, und wo Worte und Beschlüsse dazu nicht ausreichten, mußten Kräfte und Arme nachhelfen. Daß die Deutschen unter solchen Erfahrungen gegen die über sie verhängte Gewalttätigkeit immer wilder aufbegehren, versteht sich von selbst. Die Sudeten-Deutschen sind ein kühner, in vielen nationalen Kämpfen geübter Menschenschlag, und sie wissen, daß einem Feinde, wie dem Tschechen gegenüber, dessen Unbuddsamkeit im Nationalitätenhader keine Grenze kennt, nur ein Grundgesetz am Platze ist, daß nämlich auf einen Schelmen anderthalb gehören, wenn man von ihm nicht niedergeschlagen werden will. In Böhmen mußte dieser Grundgesetz für sie um so mehr Geltung haben, als die Regierung, trotzdem sie über eine wahrhaft ausreichende bewaffnete Macht verfügen kann, das Fortbestehen der sogenannten Regionen duldet, die sich sozusagen als freiwillige Kontroll- und Straforgane zur Wahrung heiligster Rechte allerthalben im Lande etabliert hatten. Man erinnert sich, daß diese Elemente schon wiederholt und auch in der Hauptstadt des Landes schwere Ausschreitungen gegen die deutsche Bevölkerung begangen haben. Auch im russischen Bezirk Wietlen ließen sie sich nun schon seit Wochen gegen die Deutschen gehörig auf und nahmen sich in den letzten Julitagen sogar die Freiheit, an die Regierung ein auf 14 Tage befristetes Ultimatum zu stellen, in dem sie u. a. die Besetzung aller Behörden mit tschechischen Beamten und eine Verschärfung der Zensur über die deutschen Zeitungen verlangten. Die Regierung tat nichts, um dieser Annäherung entgegenzutreten. Dadurch offensichtlich ermutigt, schritten die Legionäre in Kurland zur Tat. Zur Stunde, da sie die deutsche Bevölkerung zu einer großen Kundgebung versammelt wollten, überfielen sie zunächst einmal die tschechische Sicherheitswache ein, um von dieser Seite her in ihrem Be-

nahmen nicht gehindert zu werden. Dann zogen sie nach dem Theaterplatz, wo die deutsche Kundgebung gerade vor sich ging, und stürmten, mit Handgranaten, Gewehren und sonstigen Waffen ausgerüstet, auf die Menge ein. Eine Salve brachte, als Einleitung einer regelrechten Jagd, die nun auf die von furchtbarer Panik befallenen Versammlungsteilnehmer, darunter viele Frauen und Kinder, ausgeführt wurde. Die Helmen dieser tschechischen Legion behaupteten natürlich als Sieger den Kampfplatz. Die Regierung, wegen dieser Vorfälle sofort im Senat zur Rede gestellt, lehnte natürlich den Spiegel um. Der Ministerpräsident Cerny lamentierte erst ein langes und breites über die heftigen Reden, die auf einer deutschen Protestversammlung am 18. Juli gegen die schweren Steuerlasten gehalten worden waren — was danach in der freien tschechischen Republik nicht erlaubt zu sein scheint — und bezeichnete das Vorgehen der tschechischen Legionärsgemeinde in Kurland am 31. Juli als eine Vergeltungsmaßnahme für jene Protestversammlung. Die Zusammenstöße bei dieser Gelegenheit seien durch das provokatorische Benehmen der Deutschen veranlaßt worden und hätten zu unbefonnenen Taten geführt. Die Regierung habe sofort eine strenge Untersuchung eingeleitet. Solche Ereignisse, fügte er hinzu, wären nicht geeignet, zum ruhigen Zusammenleben der Nationen beizutragen. Damit war die traurige Angelegenheit für den Senat erledigt. Die deutschen Senatoren waren zu dieser Verhandlung nicht erschienen, da sie von vornherein wissen konnten, was ihnen bevorstand. Auch der Kammerverhandlung über diesen Gegenstand blieben sie in der Hauptsache fern, und der bürgerliche Teil der deutschen Parteien gedenkt auch fernerhin dem Parlament fernzubleiben. Sie begründen diese Haltung mit einer Erklärung, in der sie die Regierung der Irdischheit beschuldigen, sie habe weder die Macht noch den Willen, die deutschen Staatsbürger zu schützen. So enden also die vielfachen Bemühungen, ein leidliches Verhältnis zwischen Deutschen und Tschechen zumindest in der Volksvertretung herzustellen, mit einer offenen Kriegserklärung des einen Teils an den anderen. Die Folgen davon werden sich auch draußen im Lande sofort bemerkbar machen.

Auch hier wieder darf man fragen, ob die neuen Staatenbildungen, die der Ausgang des Weltkrieges mit sich gebracht hat, den Vergleich mit den früheren Zuständen, so unvollkommen diese auch als menschliche Einrichtungen in Einzelheiten gewesen sein mögen, auch nur im entferntesten aushalten können. Die Menschheit ist unter dem Joch der Versailles wahrlich weder glücklicher noch friedfertiger geworden.

Polnische Drohungen.

Die Industrie für ein ungeteiltes Oberschlesien.

Das in Berlin erscheinende Blatt „Dziennik Berliński“ läßt sich aus Weichen berichten: Im Hinblick auf die nahe Sitzung des Obersten Rates veröffentlicht der Verband ehemaliger polnischer Aufständischer eine Reihe von Forderungen. Darin heißt es u. a.: Lloyd George hat in Irland wohl noch nicht die Lehre erhalten, daß nationale und wirtschaftliche Bestrebungen durch Vojonette entschieden werden können. Wir wollen glauben, daß die Vertreter von Frankreich, Italien und Amerika dem englischen Projekt nicht beistimmen. Wir erklären, daß wir eine Vergewaltigung unserer Forderungen durch den Obersten Rat für eine Kampfanzeige ansehen. Gewalt wird gegen eine einheitliche Front stoßen. Vojonette fürchten wir nicht.

Die Entscheidung bereits gefällt?

Aus London bringt die „Agentur Radio“ eine Meldung, nach der die Entscheidung über Oberschlesien bereits feststehe laut einer amtlichen Veröffentlichung des englischen Auswärtigen Amtes, die aber in Paris noch nicht veröffentlicht worden sei. Die Meldung lautet:

Da die deutsche öffentliche Meinung durch die in Bremen gehaltene Rede des Reichszanklers Dr. Wirth erregt ist, in der er auch verlangte, daß ganz Oberschlesien an Deutschland fallen solle, beauftragt das Foreign Office (Auswärtiges Amt) eine bedeutsame Mitteilung. Es erklärt, daß die endgültigen Beschlüsse bezüglich des tschechischen Teiles Oberschlesiens bereits gefällt worden seien, und daß nur das Los derjenigen mittleren Teile Oberschlesiens noch nicht entschieden sei, in denen sich die Ziffern der deutschen und der polnischen Stimmen annähernd gleichen. Dagegen könne das Schicksal des anderen Teiles von Oberschlesien nicht mehr erörtert werden.

Weiter erklärt die englische Regierung in einer offiziellen Note, daß die Bestimmungen des Friedensver-

trages eine Teilnahme Belgiens an den Erörterungen des Obersten Rates über Oberschlesien nicht gestatten. Die Frage, ob die belgische Regierung zu anderen Beratungen eingeladen werden soll oder nicht, hänge von den Gegenseiten ab, die auf der nächsten Session des Obersten Rates erörtert werden sollen.

Verdächtiger Neutralisierungsplan Briands.

Der Pariser Berichterstatter des englischen Mattes „Manchester Guardian“ erzählt aus Opatow, Briand habe vor einer Woche einem Vertreter der polnischen Regierung gesagt, Frankreich könne keine antianallische Politik in Oberschlesien treiben. Es müßte sonst zu viel Zugeständnisse in anderer Beziehung machen.

Frankreich könne es sich nicht leisten, Polen wegen eines Bruch mit England zu riskieren. Wenn dagegen Oberschlesien neutral würde, dann würden die Interessen Frankreichs auf dem europäischen Festland eher gewinnen als verlieren. Frankreich wäre dann in der Lage, ein starkes reguläres Heer in Oberschlesien zu unterhalten. Dies würde für Frankreich sowohl anlässlich eines russisch-polnischen Krieges, als auch bei ernstlichen Verhandlungen mit Deutschland von Vorteil sein.

Der Korrespondent des „Manchester Guardian“ berichtet weiter, Polen sei dem Neutralisierungsplan feindlich, denn es wünsche einen Anteil an Oberschlesiens materiellem Reichtum, selbst wenn es nur Blei und Kohlen erhalte. Deutschland widersehe sich diesem Plan noch mehr als Polen. Es bestehe tatsächlich mehr Grund zur Beunruhigung für das Deutsche Reich, als dieses sich überhaupt vergegenwärtige.

Schießereien zwischen alliierten Truppen.

Die Gegensätze zwischen Franzosen einerseits, Engländern und Italienern andererseits verschärfen sich in Oberschlesien immer mehr. Täglich kommen Zusammenstöße vor. Ein besonders heftiger ereignete sich in diesen Tagen. Fünf Italiener wurden von einer Gruppe angesehener Franzosen angetroffen und als „Voches“ bezeichnet. Als die Italiener hiergegen Front machten, zogen die Franzosen ihre Messer, worauf die italienischen Soldaten ebenfalls von der Waffe Gebrauch machten. Es kam zu einer Schießerei, der erst durch das Dazwischentreten einer von einem italienischen Offizier geführten Wache ein Ende gemacht wurde. Die Franzosen, von denen zwei schwer verletzt waren, wurden festgenommen. Ein italienischer Soldat wurde leicht verletzt.

Der Oberste Rat.

Die bevorstehenden Beratungen in Paris.

Lloyd George hat sich für sein Verhalten auf der Pariser Konferenz eine Rückstärkung geben lassen. Wie der „Daily Telegraph“ berichtet, ist die Politik für die Lloyd George in der bevorstehenden Pariser Konferenz des Obersten Rates bezüglich Oberschlesiens eintritten wird, von der Konferenz der Premierminister des britischen Reiches gebilligt worden. Zum erstenmal seit der Friedenskonferenz werde daher die britische Politik auf einer Konferenz der Alliierten nicht nur Großbritanniens, sondern das gesamte Britische Reich vertreten.

Auf der Tagesordnung der Konferenz werden nach einer Mitteilung des russischen Bureaus voraussichtlich außer der Oberschlesischen Frage noch die Fragen der Kriegsschuldigen, der Sanktionen und des nahen Ostens stehen.

Russens Bureau fügt hinzu, die Lage im nahen Orient habe infolge der abweisenden Haltung der Regierung von Angola gegenüber den Alliierten sich schwieriger gestaltet.

Nach wie vor sieht die britische Regierung nach Mitteilungen von Londoner angeblich gutunterrichteter Seite auf dem Standpunkt, daß eine Einigung von Verstärkungen nach Oberschlesien nicht erforderlich ist. Die Frage soll als erste auf der Konferenz des Obersten Rates behandelt werden, um Frankreich Gelegenheit zu geben, seine Gründe für die Truppenabzüge vorzubringen. Nach in den letzten Tagen vorliegenden Berichten der englischen Vertreter dürfte die Möglichkeit solcher Gründe aber als durchaus unwahrscheinlich angesehen werden. Die englische Regierung hat auch, wie betont wird, keine Verpflichtung übernommen, das französische Verlangen nach Entsendung weiterer Truppen anzuerkennen.

In Rom wurde im auswärtigen Kammerausschuß ein Antrag, der Regierung für die Konferenz feste Anweisungen betreffend Oberschlesien zu geben, mit Stimmengleichheit angenommen. Sozialisten und Volkspartei stimmten dafür, alle anderen Parteien dagegen.